

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 27.05.2008
Sitzung Nummer:	23 (JHA/23)
Sitzungsdauer:	18:30 - 20:25 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Petra Hoffmann
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Petra Hoffmann

stimmberechtigte Mitglieder

Dorena Berlin
Hans-Ullrich Börnige
Horst Janas
Brigitte Klemm
Klaus Pieper
Bärbel Voigt

beratende Mitglieder

Rabea Reinhold
Carola Schulz

ab 19.30 Uhr

von der Verwaltung

Kathrin Müller
Anneliese Raup
Heinz-Jürgen Twartz

Gäste

Petra Panse
Violett Schmundt

Diakoniewerk Osterburg
CJD Billberge

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Marcus Graubner
Ewald Kittner
Birgit Schleinig

unentschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt

beratende Mitglieder

Astrid Bleißner
Manfred Hauschulz
Bernd Jonschkowski
Rainer Mählenhoff

entschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt

Tagesordnung:

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 22. Sitzung vom 08.04.2008
 - 4 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen
Vorlage: 404
 - 5 ESF-Programm " Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" - Bewerbung des Landkreises Stendal um die Einrichtung der Netzwerkstelle
Vorlage: 405
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Hoffmann begrüßt die Teilnehmer und eröffnet um 18.35 Uhr die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Hoffmann stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Es fehlen Herr Graubner, Frau Schleinig, Herr Hauschulz und Herr Mählenhoff.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 22. Sitzung vom 08.04.2008

Es bestehen keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift.

zu TOP 4 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE- Bündnis 90/ Die Grünen Vorlage: 404

Frau Hoffmann erläutert, dass das Thema jetzt jeden Tag in Funk und Fernsehen ist. Im Landkreis Stendal sind ca. 72 % der 0 – 3-jährigen Kinder und 52 % der bis 15-jährigen Kinder von Armut betroffen. Es ist einfach erschreckend. Und: Armut ist vererbbar. Auf ehrenamtlicher Basis etwas gegen Armut zu tun reicht hier nicht mehr aus.

Herr Janas erklärt, die Vorlage stellt den derzeitigen Zustand dar, aber es soll etwas verändert werden, da fehlt's, es ist nicht sehr viel. Ich werde Vorschläge unterbreiten.

- für die Entlastung der Familien: freies und kostenloses Mittagessen in Kita's und Grundschulen,
- in Musikschulen den Beitrag für bedürftige Kinder auf Null setzen,
- Sportförderung und -Vereine: freie Nutzung für bedürftige Kinder,
- mehr Stellen im Jugendamt schaffen, um die Prävention zu leisten, die angedacht ist,
- der Jugendhilfeausschuss soll fordern, dass freie Träger nachweisen, dass die Mittel auch wirklich diesen Kindern zu Gute kommt.

Wenn wir die Forderungen nicht übertreiben, passiert nichts. Der Ausschuss muss die Vorlage weitergeben in andere Ausschüsse. Auch von dort sollen Vorschläge kommen, was man machen und ändern kann.

Frau Hoffmann stimmt dem zu und schlägt vor, dass das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein muss.

Frau Voigt hat dieses Problem täglich auf der Arbeit vor Augen und war deshalb nicht so überrascht. Es reicht nicht aus, das alles nur im Landkreis Stendal zu besprechen. Das Geld soll da ankommen, wo es gebraucht wird – Kindergelderhöhung bringt nichts. Mit den anderen neuen Bundesländern müssten wir solidarisch zusammenarbeiten und analysieren und dann alles an die Landespolitiker herantragen. Wir haben Gremien, wo man die Probleme hintransportieren kann!

Herr Twartz fragt, wie wir mit dem Papier umgehen wollen. Geben wir es in die Ausschüsse oder wollen wir es erst verändern?

Herr Börnge kann der Erwartungshaltung von Veränderungen nicht folgen. Das Papier ist hervorragend. Hierin finden wir vernünftige Definitionen, finden die Armutsspirale und Begrifflichkeiten der einzelnen Ausschüsse – eine sehr gute Leistung. Wir können aber nicht viel verändern, sind als Jugendhilfeausschuss zu klein.

Frau Berlin schließt sich Herrn Börnge an. Der Jugendhilfeausschuss sollte keinen Katalog erarbeiten, sondern Überlegungen einbringen. Das Papier soll an andere Ausschüsse gegeben werden. Die Denkansätze sind eine finanzielle Frage. Das Problem ist: Kostenloses Kindergartenjahr ist toll, aber es gehen nicht alle Kinder in den Kindergarten. Die Frage ist: Wie kann man Eltern bewegen, ihr Kind in den Kindergarten zu bringen.

Frau Schulz meint, wir könnten doch gleich zweigleisig fahren: Wir geben die Vorlage in die anderen Ausschüsse und wir arbeiten auch daran weiter. Und sie fragt an, warum man die Miete von Hartz IV-Empfängern nicht gleich an den Vermieter überweist?

Herr Twartz antwortet, dass es rechtlich richtig ist, die Miete an den Bürger zu überweisen. Wer eine Abtretungserklärung unterschreibt, da wird die Miete an den Vermieter überwiesen. Und wenn die Miete **einmal nicht** vom Bürger gezahlt wird, dann können wir an den Vermieter überweisen.

Frau Voigt erklärt, dass wir darauf drängen, dass Abtretungserklärungen unterschrieben werden, aber wenn die Leute sich weigern, kann man sie nicht zwingen.

Frau Müller teilt mit, dass ein analoges Problem bei den Elternbeiträgen existiert. Früher wurde direkt an den Kita-Träger überwiesen. Jetzt können wir nur bei Abtretungserklärung an die Träger überweisen.

Frau Müller gibt kurze Erläuterungen zur Vorlage.

1. Es sollten keine fertigen Lösungen präsentiert werden.
2. Es gibt umfassende Armutsstudien und wissenschaftliche Abhandlungen darüber.
3. Mit welchen Forderungen sollte man die Stimme in Richtung Land/Bund erheben?
4. Was kann man als Kreis/Gemeinde tun? Man kann mit vielen Dingen eine Wirkung erzielen, z. B. bildungsferne Eltern befähigen, mit den Kindern besser umzugehen.

Die politische Ebene sollte sich zu einem Bereich positionieren.

Frau Klemm arbeitet mit Vorschulkindern und legt viel Wert auf Elternarbeit. Alle vier Wochen findet jetzt ein Elterncafé statt, wo die Eltern sich untereinander austauschen können. Das macht sie freiwillig und ehrenamtlich nach Feierabend.

Die Vorlage ist eine gute analytische Tätigkeit. Aber ohne konkrete Forderungen an die Politik bringen wir nichts auf den Weg.

Herr Pieper meint, das Papier ist gut. Denk- und Handlungsansätze der Jugendhilfe sind geschrieben. Ohne Schule, Arbeitsagentur usw. kommen wir nicht weiter. Es soll weiter in die anderen Ausschüsse gereicht werden.

Frau Voigt erklärt, dass die Betroffenen sich zurückziehen und die Hilfe gar nicht mehr in Anspruch nehmen können. Wir gehen schon punktuell auf die betroffenen Eltern zu.

Herr Janas meint, es bestehen ja Möglichkeiten, was wir machen können. Wenn wir Prävention betreiben, ist es günstiger, als hinterher alles rauszureißen.

Frau Müller erklärt, dass es eine politische Diskussion nicht nur im Jugendhilfeausschuss, sondern auch in den anderen Ausschüssen geben muss.

Herr Twartz will das Papier in andere Ausschüsse geben, dann werden die Vorschläge im Jugendhilfeausschuss gebündelt und dann geht es in den Kreistag.

Frau Voigt teilt mit, dass Stendal ein Brennpunkt ist. Familien ziehen nach Stendal, weil sie keine Auto haben, keine Bildungsmöglichkeiten usw. Ohne Geld kann man in der Fläche nicht wohnen bleiben. Die Mobilität ist ein großes Problem.

Herr Börnge knüpft an die Präventionsarbeit an. Man kann und soll Inhalte überdenken, die über Jahre verfolgt wurden.

Für Frau Hoffmann ist es Diskussionsgrundlage, ein sehr guter Anfang. Wir geben das Papier in die anderen Ausschüsse und möchten Positionen, die in den Jugendhilfeausschuss gehen. Danach in den Kreistag und in die höhere Politik.

Frau Raup spricht an, dass die Politik seit 2003 davon redet, was man machen müsste und könnte. Jetzt **muss** man was tun. Und auch in die höhere Politik gehen.

Frau Hoffmann gibt die Zeitschiene vor: Bis Ende September geht das Papier in die anderen Ausschüsse, dann im November zurück in den Jugendhilfeausschuss.

zu TOP 5 ESF-Programm " Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" - Bewerbung des Landkreises Stendal um die Einrichtung der Netzwerkstelle
Vorlage: 405

Frau Hoffmann sieht in der Vorlage eine sehr sinnvolle Sache.

Frau Müller erläutert, dass das Land seit 1 ½ Jahren davon redet, dieses Projekt aufzulegen. Aber es gibt bis heute noch keine Förderrichtlinie. Momentan weiß niemand, wann es in Gange kommt. Wir haben alles soweit vorbereitet. Der Landkreis Stendal wird sich um die Netzwerkstelle bewerben.

Für Herrn Janas geht es um Prävention. Gibt es eine Schlüsselzahl, wie viel Sozialarbeiter pro Schule eingesetzt werden?

Frau Müller antwortet mit **Nein**. Das Programm wird aus zwei Fördertöpfen gespeist. Es gab bisher aber keine klare Antwort vom Land, wie die Verteilung sein wird.

Frau Panse teilt mit, dass bei den Trägern schon ein Defizit in der Finanzierung der Schulsozialarbeit klafft. Wir zahlen jetzt schon im Modellprojekt zu.

Frau Müller erläutert, es ist so, weil die Förderrichtlinie vorschreibt, dass nach Landestarif gezahlt werden muss.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 405 abstimmen. Der Vorlage wird mit 7 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	
Enthaltung:	

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Es gibt keine Anfragen und Hinweise.

Frau Hoffmann beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.